

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlag:  
Rieser, R. 22,  
Postfach R. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft  
Groschen, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser,  
des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Rieser bestellungsrechtlich bestimmte Blatt.

Verlag:  
Dresden 1900.  
Verleger:  
Rieser, R. 22.

Nr. 85.

Donnerstag, 11. Februar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Stellen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; jeitraubender und beidseitiger Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Verfallsfrist: Rieser. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Redaktionsrat und Verlag: Lange & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hoffmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Jeder zehnte Deutsche arbeitslos.

Schafft endlich Arbeit! — Ein interessanter Vorschlag Professor Leberers.

Zum ersten Male hat die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland die grausige Rekordhöhe von 6 Millionen überschritten. Jeder 10. Deutsche ist arbeitslos! Noch sind wir zwar von der von Dr. Brüning prophezeiten Seiden-Wollent-Blätter ein gutes Stück entfernt, und man darf sogar hoffen, daß diese Zahl doch nicht erreicht wird. Aber die Dinge sind nun bis zu einer solchen Schrecklichkeit gediehen, daß endlich einmal mit unerprobten Mitteln zur Bekämpfung dieser furchtbaren Wirtschaftskrise ausgereicht. Dabei scheiden von vornherein alle noch so gut gemeinten politischen Kraftgebärden aus. Mit Demonstrationen nach innen und außen oder mit dem Abschneiden unserer letzten in den weltwirtschaftlichen Blutkreislauf hineineinführenden Ädern werden die Dinge nur noch schlimmer. Aber auch andere Mittel, wie die Besorgung des entlassenen Arbeiters, sind höchst zweifelhafter Art. Auch in England hat die Zahl der Arbeitslosen im letzten Berichtsmontat um 218.000 zugenommen und übersteigt jetzt mit 2,73 Millionen die Höchstzahl des vergangenen Winters um 40.000. Die Hundertwertigkeit hat also nicht nur nicht die erhoffte Wirtschaftsbekämpfung gebracht, sondern nicht einmal den Fortschritt der Krise aufgehalten, wenn sie ihn auch möglicherweise etwas verlangsamt haben mag.

Arbeit muß beschafft werden! Das ist das Gebot der Stunde, und wir wagen zu behaupten, daß es dringender ist, als alle noch so dringenden hochpolitischen Angelegenheiten, mit denen sich zur Zeit die Öffentlichkeit beschäftigt. Unter den vielen Plänen zur Arbeitsbeschaffung verdient ein neuartiger Vorschlag des Berliner Nationalökonom Professor Emil Leberer besondere Aufmerksamkeit. In seiner Einfachheit sieht er beinahe wie das Ei des Columbus aus.

Leberer schlägt vor, stillgelegte Unternehmungen mit Arbeitslosen (Arbeitslosen) wieder in Betrieb zu setzen und die Produkte an die Arbeitslosen ohne Entgelt zu verteilen. Zu diesem Zwecke seien stillgelegte Betriebe zur Produktion mit Arbeitslosen „anzufordern“ (offenbar vom Staat oder der Gemeinde). Der Unternehmer erhalte für die tatsächliche Abnutzung einen Anspruch auf Vergütung in der Form von Anleiheanteilen, die nach drei Jahren anfangen sollen, Zinsen zu tragen und ausgelöst zu werden. Inländische Roh- und Kraftstoffe sollen möglichst auf gleiche Weise erzeugt und den Betrieben kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Ausländische Rohstoffe müßten gekauft werden, wozu die teilweise auf Kredit, der nach Leberers Meinung erhältlich sein würde, Arbeiter und Angestellte hätten ohne Lohnanspruch in den Betrieben zu arbeiten. Dafür belägen sie erstens ihre Arbeitslosenunterstützung weiter und zweitens einen Gegenwert ihrer Leistung in Form von Produkten, Strombezug und Frachten dürften diesen Betrieben nicht berechnet werden. Die Verteilung der Produkte habe in anderen, bisher leerstehenden Geschäftsräumen durch arbeitslose Handelsangestellte zu geschehen. Zum Besuche berechtigt seien lediglich die in den Betrieben beschäftigten Arbeitslosen; ein Abzug auf dem freien Markt müsse völlig ausgeschlossen sein, da den noch arbeitenden Betrieben keine Konkurrenz gemacht werden dürfe. Zu erzeugen seien in erster Linie Produkte, denen die Arbeitslosen bedürften, also Schuhe, Kleider, Wäsche, Strümpfe und Hausat. Nahrungsmittelherstellung kommt nach Leberers Meinung zunächst nicht in Betracht. Eine Verringerung des Abwages der noch arbeitenden Wirtschaft, also eine schädliche Konkurrenz mit der Folge vermehrter Arbeitslosigkeit fürchtet Leberer nicht, da ja die Arbeitslosen heute sowieso die auf dem Markt angebotenen Erzeugnisse nicht kaufen könnten.

Zunächst erwartet Leberer, daß mit seinem Vorschlag 250.000 bis 350.000 Erwerbslose wieder in die Betriebe zu bringen sein würden. Er schätzt, daß je 100.000 Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen jährlich für 140 Millionen Mark Waren produzieren würden. Die Vorkosten dieser Produktion betrügen etwa 30 Prozent, d. h. für die Beschäftigung von je 100.000 Arbeitern seien zunächst 42 Millionen Mark jährlich aufzubringen. Im übrigen weist Leberer darauf hin, daß sein Vorschlag im kleinen schon an verlassenen Stellen Deutschlands vorweggenommen worden sei, z. B. in den Frankfurter Erwerbslosenfabriken oder in den Reparaturbetrieben der Erwerbslosen für Erwerbslose, die die Münchener Jugendhilfe eingerichtet hat.

Sicherlich können gegen Leberers Plan schwere Bedenken erhoben werden. Die wichtigsten sind, daß trotz aller Vorsichtsmaßnahmen die Konkurrenz der Erwerbslosenbetriebe die noch arbeitende Industrie doch zum Einschmelzen bringe und daß zweitens die Beschaffung der notwendigen Mittel zu einer Kreditausweitung führe, die schädliche Rückwirkungen auf die Währung hätte. Aber andererseits muß man sich darüber klar sein, daß es keinen Plan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geben wird, der nicht auch Bedenken und Opfer mit sich brächte. Sowohl die Vorschläge Leberers wie die Einwände gegen ihn sind nicht mit ein paar Worten abzutun, sondern verdienen es, aufs gründlichste nachgeprüft zu werden. Und darum haben wir den Plan Professor Leberers hier im Auszug wiedergegeben, ohne ihn uns zu eigen zu

## Zum Aufenthalt des deutschen Reichsanzlers in Genf.

Ein Artikel der Baseler Nachrichten.

Basel. Unter der Überschrift „Eine auswärts-Abreise“ beschäftigt sich der Chefredakteur der Baseler Nachrichten Dr. Brüning in einem Artikel mit dem Aufenthalt Dr. Brüning in Genf.

Knapp zwei Tage, heißt es darin, hat Reichsanzler Dr. Brüning in Genf verweilt. Er hat eine Rede vor der Weltabrüstungskonferenz gehalten und der internationalen Presse eine kurze Erklärung abgegeben. Beide Reden enthielten, was man in der gegebenen Situation von einem ziel- und verantwortungsbewussten deutschen Staatsmann erwarten konnte, nicht weniger und nicht mehr. Und doch ist es während dieses kurzen Aufenthalts Brüning jedem aufmerksamen Beobachter vergnügt gewesen, ein wahres Wunder persönlicher Autorität festzustellen. Man möchte sprechen mit wem man wollte — die parteipolitischen Gegner des Kanzlers natürlich ausgenommen — so trat einem ein respekvolles Interesse an diesem Rausche entgegen, wie es kein Vertreter Deutschlands in Genf je genossen hat, auch Stresemann in seinen besten Tagen nicht. Solche Wunder kann man nicht erklären, wir begnügen uns mit der einfachen Konstatierung.

Aber nun ist, heißt es in dem Artikel weiter, Brüning so plötzlich wieder verschwunden, wie er gekommen war.

Leider! Wir sind unter dem starken Eindruck des merkwürdigen Genfer Erlebnis der letzten Ueberzeugung: Brüning könnte bei längerer Verweilung an der Konferenz viel für sein Land erreichen. Nicht die Umfremdung des verlorenen Weltkrieges und die Annulierung des Versailler Vertrags! So stark ist unter Wunderglaube immerhin nicht geworden. Wohl aber eine ausgiebige und dauernde Erleichterung der deutschen Wirtschaftslage! Er konnte Frankreich von der verhängnisvollen Methode abbringen, Deutschland immerfort am kurzen Strick zu halten und so seine wirkliche Erholung zu verhindern. Und er könnte auf dem Wege zur vollen deutschen Militärunterwerfung eine große Etappe zurücklegen. Speziell auf diesem letzteren Gebiet hätten nach unserer Kenntnis der Dinge die Möglichkeiten Deutschlands sehr viel besser, als es oberflächlich betrachtet erscheinen mag.

Das Blatt bezeichnet es in diesem Zusammenhang schon als überaus wertvoll, daß Lardieu in dieser Richtung nur prozentuale Einmände gemacht, aber kein sachliches Veto ausgesprochen habe. Lardieu's Hinweis, daß der Versailler Friede Partien enthalte, die nur der momentanen Zeitlage entsprungen seien, unterlasse sich von der ewigen französischen Deflamation von der Heiligkeit des letzten Vertragsbuchstabens. Die Worte des französischen Ministers hätten Erinnerungen an den Artikel 19 des Völkerbunds-

paktes gemacht, der von der Wiedererrichtung unanwendbar gewordenen Verträge spreche. Das Blatt bearbeitet diese Haltung Lardieu's vor allem mit den innerpolitischen Verhältnissen Frankreichs, die es einerseits dem französischen Kabinett der Linken gegenüber nicht erlauben, das Oblum auf sich zu nehmen, das Zerschneiden der Weltabrüstungskonferenz zu verschulden, während andererseits gerade ein Ministerium, das die extremen Chauvinisten nicht zu fürchten habe, Deutschland reale Zugeständnisse machen könne; nicht gratis und franks, freilich, sondern auf Grund von Gegenleistungen, die das französische Sicherheitsbedürfnis befriedigten. Das Projekt der Delegation Lardieu's stelle einen Versuch in dieser Richtung dar und werde ganz entschieden die Möglichkeiten zum Abbau der Versailler Militärservitut in sich.

Der verantwortungsvolle Chef der deutschen Regierung, fährt Dr. Brüning in seinem Artikel fort, könnte in diese Möglichkeiten einhalten. Die diplomatische Delegation, die ihn in Genf vertritt, wird das nicht so leicht können. Sie liegt zwar in sehr guten Händen, und es ist ausgeschlossen, daß sie politisches Geschick verbricht. Aber sie hat weder die amtliche noch die persönliche Autorität Brüning's, und ohne diese Imponderabilien geht es kaum. Ob sich der Reichsanzler selbst von dieser psychologischen Situation Rechenschaft gibt? Wie dem auch sei, er hält seine Anwesenheit in Berlin zur Zeit für nötiger als die in Genf. Was er sich nicht künftigen Mühe er in Berlin wenigstens erreichen, was er zu erreichen hofft: Die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg. In Genf kann man das Gegenteil behaupten hören: Die Gegenkraft Brüning's freudig, die Ablehnung einer neuen Kandidatur durch den Reichsmarschall sicher in der Tasche zu haben. Das wäre ein Unglück für Deutschland. Mit der Ablehnung der Kandidatur würde der Reichspräsident auch der Kanzlerschaft Brüning's ein Ende machen.

Eine Reichspräsidentenwahl ohne die Kandidatur Hindenburg's, erklärt das Blatt weiter, könne keine gute Wirkung des Volkswillens in Deutschland bringen. Schon jetzt läßt sich, so schließt der Artikel Dr. Brüning, mit voller Sicherheit erkennen, daß dadurch die inneren Wirren Deutschlands nur noch wirrer würden, als sie schon sind. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß der Kampf um das Reichspräsidentium zum Ausgangspunkt des Bürgerkrieges würde. Das macht Brüning's Scheiden von Genf vielleicht verständlich. Aber vom Standpunkt der deutschen Außenpolitik aus ist und bleibt es tief zu bedauern. Darum hat uns an Brüning's Anwesenheit an die Presse am besten das letzte Wort gefallen: „Auf Wiedersehen, meine Herren, womöglich — in Genf!“

## Hymans Rede auf der Abrüstungskonferenz.

Genf. (Funkspruch.) In der heutigen Sitzung der Abrüstungskonferenz sprach als erster Redner der belgische Außenminister Hymans. Die Tendenz seiner Rede ergibt sich aus den einleitenden Sätzen: Belgien hat sich in doppelter Absicht an die Konferenz begeben: mitzuarbeiten an einer internationalen Verständigung für die Begrenzung, aber Herabsetzung der Rüstungen und zu wachen über seine Sicherheit. Wenn Belgien auch besondere Garantien in dem Rheinpakt findet, so weiß es jedoch, daß jeder Konflikt politische, wirtschaftliche und soziale Verwicklungen herbeiführen würde, unter denen Belgien zu leiden hätte. Belgien will die militärischen Verträge behalten, die ihm zur Verteidigung seiner Unabhängigkeit im Falle der Bedrohung oder des Angriffes unentbehrlich sind.

Hymans sprach seine volle Zustimmung zu den französischen Vorschlägen aus und hob besonders das Verbot der schweren Angriffswaffen, des chemischen Krieges und den Schutz der Zivilbevölkerung, sowie die Schaffung einer internationalen Rüstungskontrolle hervor. Belgien lege an seinen Grenzen Verteidigungswerke an, die zum Schutze

seines Gebietes bestimmt seien. Es sei wiederholt der Schluß großer Kriege gewesen. Belgien habe die Pflicht, die notwendigen Vorkehrungen gegen die Rückkehr solcher Unheils zu treffen.

Hymans entwickelte hierauf ausführlich den Gedanken, daß die Sicherheitsfrage mit der Abrüstung eng verbunden sei, um zu dem Ergebnis zu gelangen, daß für die besonders exponierten Länder wie Belgien noch keine ausreichende Sicherheit bestehe. Die Herabsetzung der Rüstungen wäre gewiss ein Grund zur Entspannung und Befriedung, aber man dürfe nicht verkennen, daß die materielle Abrüstung nur Hand in Hand mit der moralischen Abrüstung möglich sei. Die Organisation des Friedens sei nicht nur ein politisches und juristisches Werk, sondern eine großartige psychologische Leistung.

Hymans sagte zum Schluß, ein eigenartiger Widerspruch wolle es, daß gerade in dem Augenblick, wo man die Notwendigkeit der Organisation des politischen Friedens verkünde, man den Wirtschaftskrieg organisiere.

machen, aber auch ohne ihn von vornherein im Bau und Zogen abzulehnen. Einen Vorzug hat Leberers Vorschlag auf jeden Fall: er will den Arbeitslosen wieder menschenwürdige Arbeit verschaffen, will ihnen das unbedingte, aber doch viele lähmende Gefühl nehmen, daß sie unnütze Opfer in der Wirtschaft seien. Er will ihnen wieder eine Beschäftigung, eine Aufgabe bieten, für die zu schaffen es sich lohnt. Und das wäre immerhin schon etwas.

## Das deutsche Bozen

Bozen, 11. Februar.

Das Ergebnis der Volkszählung in der Provinz Bozen lautet der Agenzia Stefani zufolge: 195.177 deutschsprachige Einwohner, 85.508 Italiener und 1885 Slawen.

## Die bisherigen deutschen Leistungen.

Paris. Das französische Finanzministerium veröffentlicht eine längere Auslassung über die deutschen Zahlungen an die Reparationsgläubiger, die als Entgegung auf die deutsche Erklärung vom 20. Januar gedacht ist. Die französische Darstellung kommt schließlich nach Aufzählung einer Reihe von Gesichtspunkten und Zahlenangaben, die in starkem Gegensatz zu den deutschen Feststellungen stehen, zu einem Gesamtwert der französischen Einnahmen in Höhe von 8.190,7 Millionen Mark, während, wie weiter auszuführen wird, der Wert dieser französischen Einnahmen sich aufgrund der deutschen auf 10.651,8 Millionen Mark belaufen würde.